

## Demoteilnehmerzahlen 06.09.

Aachen 350, Altenburg 500, Angermünde 450, Apolda 200, Arnshausen 40, Aschersleben 2.000, Augsburg 200, Balingen 100, Bamberg 70, Bergkamen 70, Berlin 30.000, Bielefeld 200, Bochum 850, Bonn 200, Bottrop 150, Brandenburg 600, Braunschweig 160, Bremen 500, Bruchsal 80, Burg 300, Celle 300, Chemnitz 5.500, Cottbus 2.500, Darmstadt 250, Delmenhorst 50, Dessau 4.000, Dortmund 1.200, Dresden 4.000, Duisburg 500, Düsseldorf 600, Eisenach 400, Eisenhüttenstadt 500, Erlangen 70, Essen 400, Flensburg 166, Frankfurt/M. 1.000, Frankfurt/O. 1.200, Freiburg 250, Friedrichshafen 25, Fulda 70, Gelsenkirchen 850, Genthin 300, Gera 2.000, Gießen 50, Gladbeck 100, Görlitz 700, Göttingen 330, Gotha 100, Greiz 200, Güstrow 300, Hagen 250, Halberstadt 300, Haldensleben 500, Halle/S. 5.000, Hamburg 600, Hamm 120, Hanau 80, Hannover 750, Hattingen 100, Heilbronn 250, Herford 110, Herne 250, Herten 150, Hettstedt 1.500, Hoyerswerda 1.600, Illmenau 450, Iserlohn 20, Jena 1.000, Kassel 600, Kempten 50, Kiel 350, Köln 1.500, Königs Wusterhausen 200, Köthen 400, Krefeld 200, Leipzig 35.000, Lemgo 650, Leverkusen 100, Lübeck 400, Ludwigsburg 60, Ludwigshafen 60, Lünen 30, Magdeburg 8.000, Mainz 100, Mannheim 600, Marl 200, Marburg 200, Minden 150, Mühlheim 150, München 600, Münster 180, Naumburg 200, Neukirchen-Vluyn 30, Nordhausen 1.000, Nürnberg 800, Oberhausen 180, Offenburg 200, Oldenburg 550, Oranienburg 450, Osnabrück 100, Osterburg 500, Paderborn 70, Parchim 200, Peine 30, Perleberg 50, Pforzheim 100, Plauen 900, Plettenberg 200, Pößneck 200, Potsdam 300, Pritzwalk 300, Quedlinburg 600, Rastatt 60, Recklinghausen 180, Reutlingen 200, Remscheid 100, Rostock 4.000, Rüsselheim 50, Saalfeld 600, Saarbrücken 500, Sangerhausen 250, Schönebeck 2.500, Schwäbisch Gmünd 80, Schwäbisch Hall 15, Schwedt 400, Schwerin 1.000, Senftenberg 1.200, Sindelfingen 80, Staßfurt 600, Stendal 900, Stollberg 700, Stralsund 1.500, Stuttgart 1.200, Suhl 250, Tübingen 450, Ulm 90, Villingen 70, Waren 100, Wedel 30, Weimar 250, Weißenfels 400, Wetzlar 90, Wilhelmshaven 50, Wismar 200, Witten 100,

Wittenberg 600, Wittenberge 300, Wittstock 200, Worms 110, Wuppertal 400, Zehdenick 550, Zeitz 2.000, Zittau 600, Zwickau 4.000  
**Insgesamt: 151.306**

(Quelle: [www.indymedia.org](http://www.indymedia.org))

## telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

greifswalder str. 4 | 10405 berlin  
fon. (030) 444 56 22 | fax. (030) 444 56 23

internet: [www.telegraph.ostbuero.de](http://www.telegraph.ostbuero.de)  
email: [telegraph@ostbuero.de](mailto:telegraph@ostbuero.de)  
nachrichten: [www.ostblog.de](http://www.ostblog.de)

Der *telegraph* ging im Oktober 1989 aus der linken DDR-Oppositionszeitschrift *Umweltblätter* hervor. Diese Samisdat-Zeitschrift wurde zwischen 1986 und 1989 zum bedeutendsten und meist verbreitetsten Informationsblatt der DDR-Opposition.

Herausgegeben wurden die *Umweltblätter* von der Ostberliner Umweltbibliothek. Im Oktober 1989 stellte sich der zweimonatige Erscheinungsrhythmus der *Umweltblätter* als zu schwerfällig und ungeeignet dar. Ein schnelles Medium musste her, das alle paar Tage erschien und das Wichtigste über die aktuellen Ereignisse unabhängig und kritisch berichtete. Das war die Geburtsstunde des *telegraph*. Bis zum Dezember 1989 war er der einzige unabhängige Berichterstatter über den Umbruch in der DDR.

Seit 1989 erscheint der *telegraph* regelmäßig und begleitet den Übergang von einem System zum anderen. Die Redaktion, die zu großen Teilen aus der linken DDR-Oppositionsbewegung kommt, versucht das neue System kritisch zu beobachten und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einzumischen. Der *telegraph* berichtet über neue Widerstandsformen unter neuen Verhältnissen, über Bürgerbewegungen und Emanzipationsbewegungen in Ostdeutschland und international, wie auch über die Auswirkungen der neoliberalen Politik und neuen Gegenmodellen. Bisher erschienen 110 Ausgaben.

# telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

MONTAG, 13. SEPTEMBER 2004

**SONDERAUSGABE NR.1**

## Ein ostdeutscher Sonderweg?

Ab dem 19. Juli verschickte die Bundesagentur für Arbeit die Formulare für das ALG II, Ende Juli begannen in mehreren ostdeutschen Städten unabhängig voneinander Initiativen für „Montagsdemonstrationen“ gegen Hartz IV. Damit wurde aus der weit verbreiteten Angst vor der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Empörung über immer neue Zumutungen für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen endlich öffentlicher Protest.

Mit der Demonstration in Berlin und Ansätzen in einigen westdeutschen Städten startete der Versuch linker Gruppen, das regional erfolgreiche Protestmodell zu verallgemeinern. Es gelang nur in Berlin, wo im Zuge der „Wiedervereinigung“ der Westen an den Osten angeschlossen worden war. Unberührt vom politischen Konflikt unter den Organisatoren zogen am 16. August Linksradikele und Kreuzberger Ureinwohner gemeinsam mit gesitteten Mitbürgern aus allen Himmelsrichtungen und einigen ehemaligen DDR-Oppositionellen zur SPD-Zentrale. Noch nie wurden so viele Damenhandtaschen auf einer Demo gesehen.

Da drehte sich schon der Wind. Die Regierung machte klar, daß sie nicht im Traume an eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze denkt. Und die Gewerkschaftszentralen gaben ihren regionalen Gliederungen grünes Licht für Proteste – und erteilten damit einer bundesweiten Mobilisierung eine beiläufige Absage. Nur dort, wo es lokalen Druck gibt, wird unterstützt: das heißt aber, die Bewegung würde auf den Osten beschränkt bleiben. Einzelinitiativen hier und da ändern an der Sache nichts. Deshalb trifft der Vorschlag einer bundesweiten Demo am 2. Oktober auf breite Zustimmung:

es scheint der einzige Weg zu sein, wenigstens für einen Tag den Westen der Republik mit in die Bewegung hinein zu bekommen. Der Termin ist aus einem Dilemma entstanden: er sollte so nah wie möglich sein, damit die ostdeutschen Demos bis dahin durchhalten – und so fern wie möglich, damit Unterstützung aus Altgermanien mobilisiert werden kann.

Die Gründe für das Entstehen der heutigen Bewegung im Osten sind die gleichen, die eine Verallgemeinerung ausschließen. Auf dem Gebiet der vormaligen DDR hat sich eine, vom Westen abhängige Ökonomie etabliert. Das Bewußtsein von dieser Abhängigkeit setzt jedem breiten Protest sehr pragmatische Grenzen.

Wenn die Protestbewegung gegen Hartz IV im Osten auch nicht gewonnen werden kann, so kann sie doch im Osten verloren gehen. Denn in der atomisierten sozialen und politischen Landschaft der fünf neuen Länder sind neofaschistische Gruppen längst zivilgesellschaftlich verankert. In einzelnen Orten haben Neonazis die Proteste übernehmen können und am Ende blieb den gutwilligen Veranstalter nur die Resignation, um ihnen die öffentliche Bühne zu entziehen, zum Beispiel in Freital bei Dresden. Um dem entgegenzutreten,

## Inhalt

- :: Ein ostdeutscher Sonderweg?, S. Gerhardt
- :: Erklärung zu Montagsdemonstrationen
- :: Interview mit R. Schult
- :: Die Montagsdemonstration, R. Herding
- :: NEWS zur Agenda 2010
- :: Initiative anders arbeiten: Tips zum ALG II
- :: Nazis auf den Montagsdemos,
- :: Bleibt auf der Straße, J. Jansen
- :: Übersicht - Teilnehmerzahlen der Montagsdemonstrationen

braucht es konfliktfähige demokratische Organisationen vor Ort.

Solche Organisationen können nur bestehen, wo es gemeinsame politische Ziele gibt, die der Schärfe der Konflikte angemessen sind. Im Märchen heißt es, wer mit dem Teufel essen will, muß einen langen Löffel haben. Wenn wir die Vorstellung vom „Teufel“ als ein Bild für sehr irdische Mächte auffassen, läßt sich dieser Hinweis auf unsere Verhältnisse anwenden: So lange Löffel, daß sich mit ihnen gefahrlos am Tisch des Kapitals speisen ließe, haben die Reformpolitiker aller Richtungen noch nicht erfunden.

Ohne eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unmöglich. Radikal nicht nur im Ziel einer realen 30-Stunden-Woche, sondern radikal vor allem darin, daß sie den Beschäftigten und Belegschaften Kontroll- und Mitbestimmungsrechte an die Hand gibt, um Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung zu bekämpfen. Nur dann wird es wirkliche Neueinstellungen geben müssen – nur dann können sich die Beschäftigten gegen „immer mehr Arbeit in immer weniger Zeit“ wehren. Es geht darum, ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle über die Wirtschaft herzustellen. Ihre Realisierung würde jeder und jedem Einzelnen Freiräume schaffen, die für eine solidarische Lösung von Konflikten notwendig sind – in Ost und West, in Nord und Süd.

**Sebastian Gerhardt**

Haus der Demokratie und Menschenrechte

*In einer Erklärung haben Dutzende ehemaliger DDR-Oppositioneller gegen Hartz IV protestiert und die Wiederbelebung der Montagsdemonstrationen begrüßt. In der Erklärung wird u.a. betont, dass Verhältnisse, in denen der Mensch „für Siemens, Daimler und Co. ein lästiger Kostenfaktor und armseliger Bittsteller ist, bekämpft werden“ müssen. Ebenso wird sich für ein gemeinsames Vorgehen in Ost und West eingesetzt.*

*Die Erklärung wurde von 59 DDR-Oppositionellen, darunter bekannte Namen wie Sebastian*

*Pflugbeil, Reinhard Schult und Wolfgang Tempelin, aus zahlreichen ehemaligen Oppositionsgruppen sowie vom Bundesvorstand des Neuen Forum und der Vollversammlung der Kirche von unten unterzeichnet.*

## **Erklärung von Angehörigen ehemaliger DDR-Oppositionsgruppen**

Wir protestieren gegen Hartz IV.

Wir sind einverstanden mit der Wiederbelebung der Montagsdemonstrationen.

Es ging und geht um Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Mündigkeit, Menschenwürde und Freiheit.

Verhältnisse, in denen der Mensch nur verstaatlichtes Objekt einer politischen Partei, wie der SED, oder für Siemens, Daimler und Co. ein lästiger Kostenfaktor und armseliger Bittsteller ist, müssen bekämpft werden.

Wir wehren uns gegen Zwangsarbeit, gegen die Aufhebung des Datenschutzes, gegen Verarmung und Obdachlosigkeit in einem der reichsten Länder der Welt.

Wir setzen auf Widerstand in Ost und West bei Arbeitslosen und Arbeitenden, bei selbstständig und abhängig Beschäftigten.

Stemmen wir uns gemeinsam gegen die Flutwelle der Raffgier, gegen Scheindemokratie und Menschenverachtung.

Berlin den 29.08.2004

Leonore Ansorg (Initiative unabhängig. Gewerkschaften), Silke Ahrens (Kirche von unten), Judith Braband (Vereinigte Linke), Frank Ebert (Umweltbibliothek), Bernd Florath (Unabhängige sozialistische Partei), Ekkehard Forberg (Wolfspeitz Dresden), Bernd Gehrke (Vereinigte Linke), Renate Hürtgen (Initiative unab. Gewerksch.), Daniela Hildebrandt (Kirche von unten), Eckart Hübener (Pastor), Joachim Hürtgen (Initiative unab. Gewerksch.), Stefanie Hürtgen (Initiative unab. Gewerksch.), Franz Habermann (Kirche von unten), Carlo Jordan (Grüne Partei), Irena Kukutz (NEUES FORUM), Michael Kukutz (NEUES FORUM), Thomas Kupfer (Vereinigte Linke Halle), Wolfram Kempe (NEUES FORUM), Marinka Körzendörfer (Lesben in der Kirche), Dr. Arnim H. Krüger (Psychotherapeut), Friedrich Kühn (Kirche von unten), Sebastian Ketel (Kirche von unten), Daniel Kreuzer (Kirche von unten), Oliver Kloss (Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig), Thomas Klein (Vereinigte Linke), Burkhard Kleinert (illegale marxistische Gruppe), Astrid Kühn (Kirche von unten), Silvia Müller (Vereinigte Linke), Ina Messer (NEUES FORUM), Dirk Moldt (Offene Arbeit), Prof. Dr. Ingrid Mieth (NEUES FORUM),

In Herne rief die die militante „Kameradschaft-Herne“ zur „Nationalen Protestkundgebung gegen Hartz IV im Ruhrgebiet“ auf. Die Demonstration der militanten Neonazi-Szene im Ruhrgebiet wurde von knapp 30 Teilnehmern besucht. Demgegenüber standen etwa 80 Antifas, die die Nazis mit lautstarkem Protest störten. (*Indymedia/Antifa Herne*)

Auf der Geraer Montagsdemo beteiligten sich wieder Neonazis. Dies geschieht mit Duldung der Demoorganisation. Die Veranstalter, die „Initiative für soziale Gerechtigkeit“, meiden unter dem Deckmantel „Keine Gewalt“ jede Auseinandersetzung mit den Nazis und ließen sie gewähren. Versuche der Geraer Antifa eine Demoteilnahme der Nazis zu blockieren wurde durch massives Einschreiten der Thüringer Polizei unterbunden. Die Antifas wurden bis zum Demoende festgesetzt. Die Nazis demonstrierten unter Polizeischutz bis zum Ende unbehelligt mit. (*Indymedia/Antifa Gera*)

In Cottbus kam es auf dem Oberkirchplatz zu verbalen Auseinandersetzungen um ein rassistisches Plakat. Die Polizei verwies die Plakatträger ans Ende des Zuges, an dem Sympathisanten der rechten Szene mitmarschierten. Am Ort der Abschlusskundgebung trennte die Polizei die Gruppe von den anderen Demonstranten. (*Lausitzer Rundschau*)

Zum 6. September rief der Schill-Nachfolger „Offensive D“ in Frankfurt (Oder) zur Protestkundgebung gegen Hartz IV auf, es versammelten sich 15 Mitstreiter. Die Versuche der Organisatoren zu ihren Zuhörern zu sprechen wurde von anwesenden Antifas mit Polonaise und Rufen quitiert. Die Kundgebung wurde später entnervt beendet. (*Infort*)

In Bernau folgten dem Aufruf der Wahlvereinigung „Bürger rettet Brandenburg“ und ihren Landtagskandidaten von „PRO Brandenburg“ neben 20 Anhängern Mitglieder des rechtsradikalen „Märkischen Heimatschutz“. Die Veranstalter sagten daraufhin ihre Kundgebung ab. Die etwa 50 anwesenden Neonazis meldeten eine Spontandemo an und zogen unter einem Großaufgebot der Polizei durch Bernau. Ein zeitgleicher Versuch der Antifa, eine Gegendemo anzumelden, wurde von der Polizei abgelehnt und ein Blockadeversuch aufgelöst. (*Infort*)

In Annaberg/Buchholz ist die NPD den Montagsdemo-Aktivisten mit der Anmeldung zuvorgekommen und hat am letzten Montag

eine Wahlkampfkundgebung durchgeführt. Auf dem Marktplatz sprachen Spitzenfunktionäre der sächsischen NPD. (*Antifa Annaberg*)

In Magdeburg war eine größere Gruppe einschlägig bekannter Nazis mit Transparenten auf der Montagsdemo. Geduldet von den Organisatoren und beschützt von der Polizei liefen sie mitten in der Demo und starteten immer wieder Provokationen und Angriffe gegen Linke Teilnehmer. (*Indymedia/Magdeburger Antifa*)

---

## **BLEIBT AUF DER STRASSE!**

bleibt auf der Straße. jedwedes Gespräch ist ein Austausch von Fertigkeiten und Schlägen. der scheinbare Versuch ein Gespräch zu führen zwischen Ohnmacht und Machtgeil verkleckert im Apparat systematisch. kein Obermaier ändert sich außer aus Angst. „seine Gedanken sind“ stets „von Sorge erfüllt“ (wie er nun sagt) aber um nichts als die eigene Stellung. also bleibt auf der Straße bis er erkennt was feststand von je her - DER STAAT SIND WIR ODER WAS. die Straße ist die Stärke der Ohnmacht. jeder Eingriff in den friedlichen Umzug ob mit Gewalt oder vorgeschobener Diplomatie ist ein Eingeständnis der Schwäche, also ein Anfang. doch nur endgültig geschwächt ändert sich etwas. alles Vorhergehende ist Versuch den oberen Teil des Gefüges im üblichen Zustand zu halten. das Hörsaalgeschwafel ist Mittel. herrschsüchtige die weder Weiterdenken noch Wirkung wollen. ihr Element ist eine tote Sprache. keine anerkennbare „Führungsrolle“ eher ein an Krankheit grenzender Führungswille sich äußernd in der plötzlichen Betonung von „Gemeinsamkeiten“ vor denen sie sich vorher zu schützen wußten. wir brauchen keine „gemeinsame Kraft um zu lernen“. wir brauchen keinen „Dialog“ führen mit denen die nie ein Verhältnis hatten zu dem was sie „Volk“ oder „Abschaum“ nennen je nach Belieben. wir dürfen nicht vergessen - DIE HABEN SCHLAGEN LASSEN. die haben Besonnenheit nötig. nicht wir. mit denen darf man nicht reden. die müssen einsehen was Not tut und umsetzen ohne Zank. bleibt auf der Straße bis die endgültig das harte Begreifen spüren ohne Schummeln zu können. *leipzig, den 16.10.89*

**johannes jansen**

*(aus telegraph Nr. 6, 4. November 1989)*

## Arbeitslosengeld II – Antiquitäten und Gemälde ( keine Rechtsberatung)

Peinlich genau und ziemlich kleinlich prüfen die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialämter ab dem 19. Juli die Lebensverhältnisse der Langzeitarbeitslosen um zu entscheiden, ob sie denn auch bedürftig genug sind, das Arbeitslosengeld II zu erhalten!

In dem von der Bundesregierung vorgegebenen knappen Zeitraum von weniger als einem halben Jahr sollen dazu allein in Berlin bei mehr als 377.000 Arbeitslosen auf 16 Seiten Daten erhoben und bearbeitet werden. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass der Haushaltsvorstand jeweils auch die erforderlichen Angaben für die im Haushalt lebenden Personen macht.

Bestehen diese auf ihrem Recht, einen eigenen Antrag auszufüllen, würde sich die zu bearbeitende Papiermenge noch erheblich erhöhen. Einige Verwaltungsexperten zweifeln, dass diese Mammutaufgabe innerhalb dieses Zeitraums zu lösen ist, Datenschützer monieren rechtliche Probleme.

Alle Angaben im Antrag müssen korrekt beantwortet werden. Ein Hinweisblatt warnt vor „unvollständigen bzw. falschen Angaben“ und droht uns strafrechtliche Konsequenzen an! Derart eingeschüchtert sollten wir uns natürlich beim Beantworten der Fragen um peinlichste Genauigkeit und größte Gewissenhaftigkeit bemühen!

Unvollständige und falsche Angaben könnten uns sehr leicht bei den in unserem Haushalt befindlichen Antiquitäten und Gemälden (s. Zusatzblatt 3, S.4) unterlaufen. Durchforsten wir also Wohnung, Keller und Dachboden: haben wir Omas Sammeltassen nicht vergessen, unseren Teddy aus Kindertagen (antiquarisches Spielzeug!), das Ölgemälde mit dem röhrenden Hirsch, unsere Schnäppchen vom Flohmarkt? Alles wertloses Zeug!? Wissen wir's denn wirklich? Die kapitalistische Marktlogik ist auch hier unergründlich: so mancher Krempel, der vor 20 Jahren auf dem Sperrmüll gelandet war, ist inzwischen zu wertvollen Sammlerstücken avanciert. Also gehen wir hier kein Risiko ein und geben alles an!

Wie aber schätzen wir den Geldwert? Hier gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Wir können unsere potenziellen Wertstücke in Kartons oder Waschkörbe verfrachten und

den Sachbearbeitern im Arbeits- bzw. Sozialamt zur Begutachtung auf den Schreibtisch stellen. Mag dies auch eher unüblich sein, so können wir uns damit auf jeden Fall gegen den Vorwurf der betrügerischen Erschleichung von Sozialleistungen absichern. Ein praktischer Tipp: organisatorisch lässt sich der Transport besser bewerkstelligen, wenn man sich hierzu zu mehreren zusammenschließt!

2. Wir können stattdessen aber auch ein Sachverständigengutachten in Auftrag geben! Doch Vorsicht! Das wird vermutlich so teuer werden, dass wir uns das als Arbeitslose nicht so ohne weiteres leisten können. Also stellen wir zuvor schriftlich einen „Antrag auf Kostenübernahme für ein Sachverständigengutachten“. Dieser Antrag darf von der Behörde nicht ignoriert werden, sondern muss beschieden werden, ob positiv oder negativ. Im Falle einer Ablehnung können wir innerhalb von 30 Tagen Widerspruch einlegen. Sollte dies alles nichts nützen, dann tragen wir an entsprechender Stelle im Fragebogen ein: „Wert in Euro kann von mir nicht beurteilt werden“ und verweisen auf unsere Bemühungen, ein Gutachten bezahlt zu bekommen. **www.andersarbeiten.de**

---

## Nazis auf den Montagsdemos

In verschiedenen Städten in Ost und West versuchten auch letzten Montag verschiedene Neonazigruppen und -organisationen auf den Montagsdemozug aufzuspringen und die Angst und Wut der Menschen vor und gegen Hartz IV für sich und ihre menschenverachtende Hetze zu nutzen.

Um so mehr sind die Demoteilnehmer gefragt und aufgefordert Nazis in ihren Reihen nicht zu dulden und sich ihren Versuchen, propagandistische Hetze auf der Demo zu verbreiten, entgegenzustellen. Nazis haben auf den Montagsdemos nichts verloren.

### Schlaglichter aus einigen Städten:

**Leipzig:** Die BüSo hielt auf dem Willy-Brandt-Platz eine Kundgebung ab. Anders als bisher waren die LaRouche-Jünger (ebenso wie andere offen auftretende Nazis) diesmal von den Demo-VeranstalterInnen für unerwünscht erklärt worden - bis auf ein Schild war auch in der Demo von der BüSo nichts zu sehen. (*Indymedia*)

Rainer Müller (Initiative Frieden und Menschenrechte), Christian Noack (Demokratie Jetzt), Irina Pagel (Kirche von unten), Bert Papenfuß (Zeitschrift Gegner), Sebastian Pflugbeil (NEUES FORUM), Bettina Rähmer (Kirche von unten), Simon Raßblatt (Kirche von unten), Wolfgang Rüdtenklau (Umweltbibliothek), Dr. Edelbert Richter (SDP), Thomas Rudolph (AK Gerechtigkeit Leipzig), Peter Rösch (Jenaer Friedensgemeinschaft), Sebastian Rautza (Kirche von unten), Reinhard Schult (NEUES FORUM), Detlef Stoye (NEUES FORUM), Roger Schaumberg (Neues Denken Leipzig), Gabi Trier (Kirche von unten), Christin Tetzlaff (Kirche von unten), Dirk Teschner (telegraph), Wolfgang Templin (Bündnis 90), Hans-Jochen Vogel (AG Offene Kirche Sachsen), Paul Venuß (Kirche von unten), Peter Wawerzinek (Schriftsteller), Martin Werneburg (Kirche von unten), Erhart Weinholz (Vereinigte Linke), Dietmar Wolf (Friedenskreis Friedrichsfelde), Michaela Ziegs (Initiative Frieden und Menschenrechte), Marco Zimmermann (Kirche von unten), Jörg Zickler (Kirche von unten), Vollversammlung Kirche von unten Bundesvorstand und Länderrat NEUES FORUM

Kontakt: Reinhard Schult,

Tel. 03338/707476, email: schultrein@aol.com

## Interview mit Reinhard Schult vom Neuem Forum

### Wie kam es zu der Erklärung?

Der Anlaß waren Äußerungen von Clement, Gauck und Vera Lengsfeld, die den Montagsdemonstranten die Legitimation absprachen, die Montagsdemonstrationen „Montagsdemos“ zu nennen und in einen historischen Zusammenhang zu den Demonstrationen von 1989 zu stellen.

Ein paar alte Opposinskis saßen bei Wein und Essen am 22. August (Freitag) 2004 zusammen und meinten, sich gegen diese Arroganz der Macht äußern zu müssen.

Ich schrieb am Samstag darauf einen ersten Entwurf, den ich an einige Leute schickte. Dienstag war die endgültige Fassung fertig. Innerhalb von vier Tagen haben ihn dann sechzig Opposinskis unterschrieben.

### Auffällig ist, dass die Erklärung in den bürgerlichen Medien kaum Beachtung fand.

Diese Beobachtung ist richtig! Es gab kurze Meldungen bei Radio EINS, im MDR (Fernsehen „Länderzeit“), im TAGESSPIEGEL und im ND ( eingebaut in Artikeln, also schwer zu finden), auf einigen Webseiten („Super-Illu“,

„Ostblog.de“). In Gänze abgedruckt ist die Erklärung im „Freitag“ und im „Publik-Forum“ ( der Zeitschrift kritischer Christen).

Informiert wurde das interessierte Publikum erst durch ein Fernsehinterview mit Vera Lengsfeld. Sie verfaßte einen Tag nach der Veröffentlichung unserer Erklärung eine Generalklä rung.

Verschwiegen wurde die Erklärung nicht nur in den so genannten bürgerlichen Medien, sondern beispielsweise auch von der „*jungen Welt*“.

### Am Ende des Textes ist von einer „Flutwelle der Raffgier“ die Rede. Ist das nicht eher ein problematischer Begriff angesichts der vielerorts vermeldeten Teilnahme von Nazis an den Montagsdemonstrationen?

Ich finde, daß der Begriff „Raffgier“ genau den Punkt trifft, und zitiere Marx sinngemäß, daß nämlich das Kapital völlig durchdreht, je höher die Profiterwartung ist, und wer sich diese Vertreter der Industrie genau ansieht, erkennt die Dollarzeichen in ihren Augen!

Hartz IV ist noch lange nicht das Ende der Begehrlichkeiten.

Andere Begriffe, die in der Diskussion waren wie „Geld-, Profitgier und Ungerechtigkeit“ sind zu schwach, sie treffen nicht ins Schwarze.

In Bezug auf die mögliche Vereinnahmung durch die Nazis sollte man nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen! Den Begriff „Raffgier“ habe ich in den aktuellen Parolen der Nazis noch nicht gefunden, allerdings solche Begriffe wie „Antikapitalismus, Widerstand und Revolution“.

Sind diese Vokabeln deshalb nicht mehr verwendbar?

### Wie geht es nach dieser Erklärung bei euch weiter?

Zu den sechzig Unterzeichnern der Erklärung haben sich weitere zwanzig dazugesellt.

Die Leipziger schlagen ein Oppositionstreffen ehemaliger DDR-Oppositioneller vor. Viele finden diese Idee gut. Wir werden uns in ca. vier Wochen treffen.

Die Zukunft ist offen!

## Die Montags-Demonstration: Sehr allgemein und sehr besonders. Ein Verfassungs-Orkan.

Dass über eine Art „Titelschutz“ für den Begriff „Montags-Demonstration“ gestritten wird, ist nicht nur, wie es zunächst scheint: lächerlich. Selbstverständlich ist es richtig, dagegen einzuwenden: Die Montagsdemonstrationen als BürgerInnen-Proteste gegen die Diktatur von 1989 sind keine museale Tradition, sondern lebendiger denn je.

Nicht zu vergessen: es gab ja auch die Montags-Demonstrationen von 1991, gegen Treuhänder und De-Industrialisierung und Massen-Entlassungen in den früheren DDR-Ländern. Sie waren zum überwiegenden Teil vergeblich. Dem Kahlschlag, gegen den sie sich wandten, ist der riesige Anteil der Langzeitarbeitslosen heute zu verdanken, die sich jetzt der nächsten Verarmungs-Stufe gegenüber sehen.

Allmählich gehören die Montags-Demonstrationen zu Ost und West. Der Zorn gegen den Abbau sozialer Grund- und Menschenrechte ist im Osten aus guten Gründen bitterer Erfahrung besonders stark ausgeprägt. Montags-Demonstration heißt: aktive Demokratie aller Basis-Initiativen, nicht nur so genannter Avantgarde (es gab gute, es gab schlechte) wie bei der westdeutschen „Außerparlamentarischen Opposition“, der APO, seit 1967.

In diesem „heißen Herbst“ 2004 wird das Wort eines der wichtigsten DDR-Bürgerrechtler wirksam, der leider gerade verstorben ist - Wolfgang Ullmann sagte über die Demokratie (das war in einer Ost-Berliner Kirche, auch der Ort kein Zufall): „Die Straße gehört dazu - das haben wir gelernt“. Die Straße als neues Verfassungs-Organ? Sagen wir: die Montags-Demo, ein Verfassungs-Orkan. Kein Titelschutz, aber etwas Besonderes.

Es ist nicht schriftlich im Grundgesetz festgehalten, aber wenn über sehr lange Zeit sehr viele Menschen aus sehr unterschiedlichen Schichten und Milieus für sehr gewichtige verfassungsmäßige Ziele auf die Straße gehen, dann hat das eine besondere Qualität. Wir haben ja auch sonst dazugelernt, dafür steht zum Beispiel Peter Grottel – Professor, Banken-Skandal-Bekämpfer, auch mal verkleidet

ter Kardinal: „Begrenzte Regelverletzung, ziviler Ungehorsam“. Das steht nicht auf dem Papier, ist aber anerkanntermaßen ernster als sonstige Meinungsäußerungen. So ist die Montags-Demonstration mehr als „irgendeine“ Aktivität, sie kommt der Volksabstimmung näher. Ein Verfassungs-Orkan achtet auch auf die eigene innere Demokratie. Darum der intelligente, differenzierte, zivilisierte Rausschmiss der (Neo?-) Nazis.

Darum auch neue Formen von Öffentlichkeit: Offene Mikrophone, regelrechte Abstimmungen über Entschließungen auf Kundgebungen: Dafür? Dagegen? Wer enthält sich? ... Grotesk, dass dies zum Teil von einer maoistischen Sekte eingebracht wird, unter deren Herrschaft ich für die Meinungsfreiheit schwarz sähe. Aber „Erst im Plenum diskutieren!“ ist eine hilflose Reaktion, erinnert an die Verräucherte-Hinterzimmer-Demokratie der Parteien. (Mobiltelefone, UMTS, WLANs will ich hier nur kurz erwähnen: die Demo-Öffentlichkeit wird nicht nur größer, sondern auch kleiner, individueller, persönlicher.)

Ja, die Straße – sie ist auch voller „Ratten“, deshalb die Sorge um „Rattenfänger“, und verdreckt von Ungeziefer. Ein Verfassungs-„Orkan“ kann eines wundervoll: er fegt durch die Straßen. Dabei lernen wir einiges Neue über Demokratie. Vielleicht auch dank der titelschützenden Museums-Wärter der Montags-Demonstrationen: Kunstwerke brauchen gute Pflege nach guten Regeln.

Und sie machen sehr, sehr stolz.

### Richard Herding

Informationsdienst: für kritische Medienpraxis

## NEWS zur Agenda 2010

### Gute Nachrichten kommen aus Brüssel

Der designierte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nahm offensichtlich letzte Woche vorsichtig Abstand von der sogenannte „Lissabon-Strategie“ der EU.

„Die EU werde ihre »Lissabonner Ziele«, wie einen internationalen Spitzenplatz beim Wirt-

schaftswachstum und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, kaum im vorgegebenen Zeitraum erreichen.“

Auf dem EU-Gipfel von Lissabon 2000 wurde beschlossen, Europa bis zum Jahre 2010 zur wirtschaftlich stärksten Region der ganzen Welt zu machen - natürlich in Konkurrenz zur Wirtschaftssupermacht USA und zu den wirtschaftlich boomenden Regionen der Zukunft, China und Indien. Die Auswirkungen der ehrgeizigen Lissabon-Strategie sind, angefangen bei der Riester-Rente über die „Gesundheitsreform“ bis hin zu Hartz IV, mittlerweile auch in Deutschland spürbar und stoßen zunehmend auf Widerstand. (Quelle: [www.ostblog.de](http://www.ostblog.de))

### Grüne regen soziales Jahr für alte Menschen an

Hannover/AP: Die niedersächsische Grünen-Landesvorsitzende Brigitte Pothmer hat sich dafür ausgesprochen, alten Menschen die Ableistung eines „sozialen Jahres“ zu ermöglichen. Bisher haben nur Schulabgänger diese Möglichkeit. „Die alten Leute sind finanziell versorgt, aber wir geben ihnen keine Herausforderung mehr“, sagte Pothmer. Früher hätten die Älteren etwa bei der Betreuung von Enkeln oder auf dem Bauernhof feste Aufgaben gehabt. Jetzt würden Menschen zum alten Eisen gezählt, die für die Gesellschaft noch wertvoll sein könnten. (Quelle: [Nordwest Zeitung](http://Nordwest Zeitung))

### Agentur für Arbeit appelliert an Betroffene: Die 16 Seiten so früh wie möglich abgeben

Es wird höchste Eisenbahn für Empfänger des Arbeitslosengeldes II, die noch keinen Antrag gestellt haben. Die Agentur für Arbeit appelliert einmal mehr, die 16 Seiten möglichst früh abzugeben. Wer zu spät kommt, steht womöglich ohne Geld da. Es sind bislang zu wenig Anträge zurück gekommen.

„Wir bewegen uns bei neun Prozent.“ Damit meint Wilfried Reihl, Leiter der Geschäftsstelle in Gifhorn, den Anteil der Anträge, die seine Leute bereits komplett bearbeitet haben. „Wir hätten schon bei 30 Prozent sein müssen.“ Denn geplant ist ihm zufolge, dass Anfang Oktober alle Anträge ausgefüllt bei der Agentur für Arbeit eingetrudelt sind.

(Quelle: [Aller Zeitung](http://Aller Zeitung))

### Konjunkturbelebung setzt sich unvermindert fort

Die konjunkturelle Belebung setzt sich nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) „mit unvermindertem Tempo“ fort. Im dritten Quartal sei die deutsche Wirtschaft nach vorläufigen Berechnungen um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen, teilte das Institut am Donnerstag in Berlin mit. Damit fiel die Wachstumsrate ebenso hoch aus wie zwischen dem ersten und dem zweiten Vierteljahr. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergab sich im dritten Quartal laut DIW ein Wachstum von 1,8 Prozent.

(Quelle: [AFP](http://AFP))

### Gewerkschaften kuscheln wieder mit der Regierung

Die Gewerkschaften haben nach einem Treffen mit Kanzler Schröder versöhnlichere Töne angeschlagen. Die Forderung nach zusätzlichen Korrekturen bei den Arbeitsmarktreformen bleibt aber bestehen. Gewerkschafter müssten dafür sorgen, dass Veränderungsprozesse „einigermaßen sozial“ auf den Weg gebracht würden, so der Chef der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt. IG-Metall-Chef Jürgen Peters lobt die Bereitschaft der Regierung zu reden. DGB-Chef Michael Sommer sagte, immerhin sei vereinbart worden, „den Prozess der Umsetzung ständig zu begleiten“. (Quelle: [netzeitung.de](http://netzeitung.de))

### Montagsdemos: Schätzungen der Demonstrationszahlen beeinflussen politisches Verhalten

Mit den seit Wochen anhaltenden Protesten gegen Hartz IV ist auch ein Streit um die Zahl der Demonstranten entbrannt. Die Angaben, wieviele Menschen sich an den Montagsdemonstrationen beteiligen, widersprechen sich zum Teil erheblich. Während die einen vom „Abebben“ der Protestwelle sprechen, verkünden andere einen Zuwachs an Demonstranten. Dieter Rucht, Protestforscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), fordert jetzt ein Ende dieser Zahlenspiele. „Es könnten Zählverfahren angewendet werden, um diesen politisch motivierten Schätzungen entgegen zu wirken“, fordert er. (Quelle: [ngo-online](http://ngo-online))